



Medienkonferenz vom 3. November 2009 in Bern

Ansprache Heinz Buttauer, Verbandspräsident VSPB

(Es gilt das gesprochene Wort.)

STOPP DER GEWALT GEGEN DIE POLIZEI

Der Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB ist die schweizerische Dachorganisation aller Polizistinnen und Polizisten, die im Dienst von Bund, Kantonen und Gemeinden stehen. Ihm gehören **72 Sektionen** auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene an, welche wiederum gut 23'000 Mitglieder gruppieren. Mit Stolz dürfen wir sagen, dass rund 95 % der aktiven Polizistinnen und Polizisten Mitglied beim Verband sind.

Als berufsständische Organisation vertritt der VSPB seine Mitglieder in allen beruflichen Belangen und nimmt für sie gewerkschaftliche Aufgaben wahr. Der Dachverband wahrt und fördert die Interessen und das Ansehen des Polizeistandes. Er nimmt politisch Einfluss bei öffentlichen Themen, die seine Mitglieder betreffen und tritt mit Erfolg dafür in der Öffentlichkeit auf.

Ich möchte einige der wichtigsten Dossiers in Erinnerung rufen, die wir erfolgreich abschliessen konnten oder bald abschliessen werden:

- Die neue Dienstmunition
- Die Vereinheitlichung der Strafprozessordnung
- Die Bespitzelungs-Affäre der Securitas
- Die Bahnreform 2

Aber kommen wir zurück zum Thema, wofür sie heute extra hierher gekommen sind: Gewalt gegen die Polizei!

Gewalt gegen die Polizei und andere Behörden nimmt stetig zu. Sei es der 1. Mai oder sei es einer der unzähligen Ordnungsdienste im Umfeld von Sportveranstaltungen: die entsprechenden Statistiken sprechen Klartext! Gleichzeitig häufen sich die Berichte über verletzte Polizisten und Polizistinnen.

Auch wenn Ausbildung und Ausrüstung immer und immer wieder den neuen Gegebenheiten und Sicherheitsanalysen angepasst werden, kommt es trotzdem leider wiederholt und verstärkt zu Gewalt und Verletzungen.

Will man in der Schweiz zuerst einen schwer verletzten oder gar toten Polizisten sehen, bevor erkannt wird, dass die Polizei nicht zum Freiwild von Partygängern, Hooligans, Kriminellen und "Halbstarken" werden darf? Ich erinnere an dieser Stelle an die Bilder des Gendarmen Daniel Nivel an den Fussballweltmeisterschaften 1998. Wollen wir wirklich warten, bis sich ein solcher Vorfall in der Schweiz wiederholt?



Die Entwicklung der Gewalt gegen die Polizei in Deutschland ist noch verheerender als bei uns. So wurden hunderte von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten – davon alleine 440 in Berlin – bundesweit von Stein- und Flaschenwürfen und bei Festnahmen militanter Gewalttäter verletzt. Viele haben gar unter ihrer Schutzkleidung schmerzhaftes Hämatome davongetragen. Selbst Schutzhelme gingen zu Bruch, so heftig war der Beschuss mit Gehwegplatten und Pflastersteinen. Das Problem ist aber nicht nur auf traditionelle Kampftage, wie z.B. den 1. Mai beschränkt. Nach Angaben der deutschen Polizeigewerkschaft GdP stieg der Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in den letzten zehn Jahren bundesweit um rund 31 Prozent, in Nordrhein-Westfalen sogar um über 80 Prozent.

Nicht zuletzt aufgrund der Rufe der Polizeigewerkschaften gegen diesen Zustand – die schon wesentlich lauter sind als bei uns in der Schweiz – hat die deutsche Innenministerkonferenz (IMK) vor kurzem beschlossen, das Phänomen der in den letzten Jahren eklatant gestiegenen Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte untersuchen zu lassen.

Polizistinnen und Polizisten sind Vertreter des Staates und setzen demzufolge die staatliche Macht durch. Im Auftrag der Politik, ihrem Arbeitgeber und Kraft des Gesetzes haben sie das Recht und die Pflicht, unter Wahrung der gesetzlichen Grundlagen, für Sicherheit, Ruhe und Ordnung einzutreten.

DER VSPB VERLANGT, DASS DIE POLITIK EINE OFFENE UND AUFSCHLUSSREICHE DISKUSSION FÜHRT, UM DIESEM MISSSTAND, DER NICHT LÄNGER TOLERIERT WERDEN KANN, ENDLICH EIN ENDE ZU SETZEN.

Die Forderungen der deutschen Kolleginnen und Kollegen nach härterer und schnellerer Bestrafung, sowie die Idee einer gesetzlichen Mindeststrafe, sind absolut legitim und werden auch vom Verband Schweizerische Polizei-Beamter VSPB verlangt.

Vergessen Sie bei allen Betrachtungsweisen eines nicht: Polizisten und Polizistinnen sind in erster Linie Menschen, haben Familien und Kinder, Sorgen und Ängste und vor allem haben Sie auch Rechte!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

